

Integrationsportal im Internet öffnen

Erste Integrationskonferenz gab Startschuss für die Arbeit an städtischen Leitlinien für eine gelingende Integration. Minister Armin Laschet: „Integration kann nur vor Ort gelingen“

Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz begrüßte am vergangenen Freitag etwa 200 Gäste zur ersten Integrationskonferenz im Rathaus. Der Integrationsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, hielt zu Beginn eine Grundsatzrede. „Integration kann nur vor Ort gelingen, weil die Verhältnisse in jeder Stadt anders sind“, erklärte Laschet.

Die Oberbürgermeisterin betonte, dass neben der Verwaltung auch die verschiede-

nen Interessenvertretungen mit in den Integrationsprozess eingebunden werden müssen. So nahmen neben Vertretern aus Verwaltung und Politik auch Gäste aus Wohlfahrtsverbänden, Moschee- und Kirchengemeinden teil. „Diese Konferenz ist nur der erste Schritt“, gab Dr. Scholz zu bedenken. Ziel sei es zunächst, Ziele und Lösungsansätze zu definieren, zu denen der Rat später konkrete integrationspolitische Leitlinien entwickeln und umsetzen werde.

Nurhan Dogruer-Rütten, Leiterin des Integrationsbüros, freute sich über den großen Zuspruch: „Integration geht alle an!“ ist nicht nur das Motto der Konferenz, sondern wird auch durch die erfreuliche Teilnehmerzahl unter Beweis gestellt.“

Die Integrationskonferenz fand im Rahmen des Förderkonzepts „Komm-In NRW“ statt, mit dem das Land seit 2005 innovative integrationspolitische Arbeit in den Kommunen fördern will. Nach An-

gaben der Landesregierung fördert sie in diesem Jahr mit 43 200 Euro verschiedene Initiativen der Stadt Bochum, die zu einer Verbesserung der Integrationsarbeit vor Ort führen sollen. Dazu zählen die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für ratsuchende Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (von mehreren Trägern gemeinsam betrieben) und die mit der Integrationskonferenz eingeleitete Arbeit an städtischen Leitzielen für gelingende Integration.

Außerdem will die Stadt Bochum mit Fördergeldern des Landes noch in diesem Jahr ein städtisches Integrationsportal im Internet freischalten. Mit den geförderten Maßnahmen, so die Landesregierung weiter, werden über 20 Prozent der Bochumer Bevölkerung erreicht, die eine Zuwanderungsgeschichte haben. Dazu gehörten neben den über 33 000 Ausländerinnen und Ausländern (8,8%) und den Eingebürgerten auch die Aussiedler und Spätaussiedler.

WAZ, Dienstag 19. September 2006